



NRW kommt wieder!

Unter diesem Motto stand die Wahlkampfauftrittveranstaltung der CDU NRW in Oberhausen.

Über 9000 Gäste folgten der Einladung in die „Arena Oberhausen“. Eingerahmt in ein abwechslungsreiches und unterhaltsames Rahmenprogramm stimmten der Spitzenkandidat der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers, und

die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, die Partei auf die heiße Phase des Wahlkampfes ein.

„Vor uns liegt eine große, eine schwierige Aufgabe. Aber ich traue mir das zu, ich weiß, wie das geht – zusammen kriegen wir das hin“, rief der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, Jürgen Rüttgers, den Gästen ►

INHALT

Annette Schavan:
Werteunterricht –
ein Beispiel für kulturelle
Ignoranz
Seite 6

CDU und ZdK lehnen
Berliner LER-Pläne ab

Seite 7

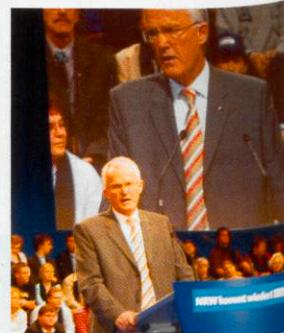
HEUTE AKTUELL

■ Volker Kauder: Bei der SPD herrscht blanke Angst! (S. 3) ■ Hintergrund: NRW-Landtagswahl (S. 4) ■ Angela Merkel zum 60. Todestag Dietrich Bonhoeffers (S. 5) ■ Symposium: Helmut Kohl – ein Leben für Deutschland und Europa (S. 8–9) ■ Hans-Gert Pöttering: Haushaltsrechte des Parlaments gesichert! (S. 10) ■ Angela Merkel trifft Roh Moo-hyun (S. 10) ■ Jürgen Gehb, Daniela Raab: Gesetzes-Blockade beenden! (S. 11) ■ Hartmut Schauerte, Marie-Luise Dött: Keine mittelstandsfeindliche Maut für Kleinlaster (S. 11–12) ■ Gerda Hasselfeldt: Arbeitsplätze durch moderne Agrarpolitik sichern! (S. 12–13) ■ Maria Böhmer: Nur heiße Luft bei Renate Schmidt (S. 13) ■ Dietrich Austermann: Standortschließungen in Schleswig-Holstein – rot-grüne Kahlschlag-Reform (S. 13–14) ■ Peter Götz: Änderungen des ADG nicht ausreichend (S. 14)

► in der Arena zu. In seiner Rede warnte Jürgen Rüttgers die Partei vor überzogener Siegeszuversicht. Die guten Umfragewerte und der glänzende Start in den Wahlkampf seien kein Grund für Euphorie. Die CDU habe aber so gute Chancen auf einen Machtwechsel in Düsseldorf wie lange nicht. „Wir wollen gewinnen, und wir werden diesmal gewinnen“, rief Rüttgers den begeistersten Gästen zu.

Rüttgers zog eine vernichtende Bilanz rot-grüner Politik. Rot-Grün habe das Vertrauen der Menschen verspielt: „Die Menschen sagen: „Jetzt reicht's! Genug ist genug!“ Jährlich fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall, eine Million Arbeitslose, 110 Millionen Euro Schulden sowie 1,5 Millionen Straftaten, davon die Hälfte unaufgeklärt – die Probleme des Landes seien dramatisch.

Anders als die SPD habe die CDU ein Konzept, um die Massenarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. „Wir können mehr als die andern“, sagte Rüttgers. Der



Jürgen Rüttgers bei seiner Rede

Spitzenkandidat und Landesvorsitzende forderte ein einfaches und gerechtes Steuersystem, die Halbierung der Steinkohlesubventionen, einen Abbau von Bürokratie und keine weiteren Schulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Die rot-grüne Einheitsschule mache keinen Sinn, weil die Menschen einfach unterschiedlich seien – deswegen werde die CDU das dreigliedrige Schulsystem fortführen. Um all dies umsetzen zu können, benötige die CDU das Engagement jedes Einzelnen. „Wir brauchen die Unterstützung von allen, die es gut meinen mit diesem wunderschönen Land Nordrhein-Westfalen.“

IMPRESSIONUM

UD

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingenhoferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 2070-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Dann kommt NRW wieder“, so Rüttgers.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, rief die nordrhein-westfälischen Christdemokraten zum Kampf um jede Stimme auf. Die CDU müsste mit „aller Kraft und jeder Faser“ für den Wechsel im Land kämpfen. Das müsste so bleiben in den nächsten sechs Wochen. „Die Chancen sind sehr gut, dass wir diese Wahl gewinnen,“ betonte die Vorsitzende.

Dafür müsste aber bis zum Wahltag gekämpft werden. Jeder Bürger müsste spüren, dass es der CDU um die Menschen und deren Sorge vor Verlust ihrer Jobs gehe, sagte Merkel weiter. Sie ver-



Angela Merkel ruft zum Kampf um jede Stimme auf

sicherte: „Wir werden uns für alles einsetzen, was Arbeitsplätze schafft.“ Die Union sei auch für Steuersenkungen, wie beim Jobgipfel im Kanzleramt vereinbart. Eine Finanzierung der geplanten Steuersenkungen für Unternehmen über Schulden lehnte die Vorsitzende aber ab. „Wir sind sehr

für Steuersenkungen und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Aber an den Luftbuchungen von Herrn Eichel werden wir uns nicht beteiligen.“ Dies sei der Maßstab der CDU für die Beurteilung der Pläne der Bundesregierung nach dem Job-Gipfel.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sagte in seiner Rede voraus, die Landes-SPD werde ihre „verdiente Bruchlandung“ erleben. Der CSU-Chef hob zugleich die Bedeutung der Wahl für die Bundesebene hervor. Ein Wahlsieg der Landes-CDU wäre auch ein Signal des Aufbruchs in ganz Deutschland.

Begeistert waren die Gäste nicht nur von den mit-

VOLKER KAUDER: BEI DER SPD HERRSCHT BLANKE ANGST!

Wenige Wochen vor der Wahl gibt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident anscheinend sein Wahlziel einer Fortsetzung der rot-grünen Regierung auf. Dass Steinbrück sich plötzlich auch für andere Koalitionen offen gibt als für Rot-Grün zeigt: Bei den Genossen an Rhein und Ruhr herrscht die blanke Angst!

Der Strategiewechsel kurz vor Toresschluß wird

Steinbrück nichts nutzen: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen ebenso wie im Bund wollen nicht fünfzig Prozent sondern hundert Prozent Politikwechsel – und das bedeutet, dass sowohl Grüne wie auch die SPD in die Opposition gehören.

Glauben kann man der SPD die plötzliche Wen-



dung ohnehin nicht. Niemand soll sich täuschen: Wie die abgewählte Ministerpräsidentin Simonis in Kiel sich bis zum

letzten Strohhalm an die Macht klammerte, so würde auch Steinbrück alles dafür tun, seine rot-grüne Truppe in den Ministereseln zu halten – zum Schaden für das Land.

reißenden Reden, sondern auch von dem Rahmenprogramm. Auf der Bühne spannend und unterhaltsam geführte Interviews mit mehreren Ministerpräsidenten aus CDU-geführten Bundesländern gab der Veranstaltung eine zusätzliche Note. Niedersachsens Ministerpräsident, Christian Wulff, betonte, dass ein Wechsel an der Ruhr „längst“ überfällig sei: „Wir können uns in Deutschland nicht leisten, dass Nordrhein-Westfalen zum Kostgänger der Republik wird.“ Der hessische Ministerpräsident Roland Koch griff die Grünen scharf an:



v.l.: Peter Müller, Christian Wulff, Angela Merkel, Edmund Stoiber und Roland Koch

„Überall, wo man Arbeitsplätze schaffen könnte, rufen die Grünen erst mal: 'Halt, das darf nicht sein'.“ Dersaarländische Ministerpräsident

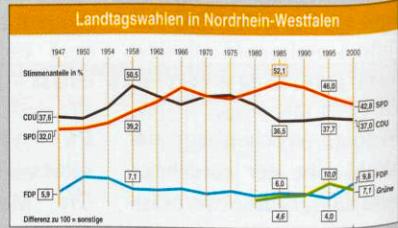
Peter Müller brachte es auf den Punkt: „Fakt ist: Wo die Union regiert, ist das Wachstum höher und die Arbeitslosigkeit niedriger.“

NRW-LANDTAGSWAHL: 15 PARTEIEN ZUGELASSEN

Der Landeswahlausschuss hat den Listen von drei Parteien die Zulassung zur Landtagswahl am 22. Mai verweigert. Wie die Landeswahlleiterin mitteilte, wurden die „Unabhängigen Bürger“, die Familien-Partei Deutschlands und die Partei Rechtsstaatliche Offensive nicht zugelassen, weil sie die jeweils notwendigen 1.000 Unterstützungsunterschriften nicht beibringen konnten.

Damit treten bei der Wahl am 22. Mai 15 Parteien mit Landesreservelisten an. Neben den bereits im Parlament vertretenen SPD, CDU, FDP

und Grüne sind dies: die Republikaner (REP), die PDS, die Partei Bibeltreuer Christen (PBC), die Partei Mensch Umwelt Tier- schutz (Die Tierschutzpartei), die Bürgerrechtsbewe- gung Solidarität (BüSo), Na- tionaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Öko- logisch-Demokratische Partei (ödp), Bund für Gesamt- deutschland (BGD), Die Grauen - Graue Panther (GRAUE) und die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tier-



schutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI). Erstmals be- teiligt sich außerdem die aus den Protesten gegen die Hartz-IV-Reformen entstan- dene neue Linkspartei „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) an einer Landtags- wahl in Deutschland.

Angela Merkel zum 60. Todestag von Dietrich Bonhoeffer

„Ein wahrer Patriot“

Im Morgengrauen des 9. April 1945, vier Wochen vor Kriegsende, wurde der evangelische Pfarrer Dietrich Bonhoeffer im Alter von 39 Jahren im KZ Flossenbürg gehenkt.

Dietrich Bonhoeffer war bereits seit April 1943 inhaftiert. Sein Leben, sein Werk und sein Zeugnis faszinieren bis heute viele Menschen – innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Sein theologisches Denken hat den Protestantismus tief geprägt und konfessionsübergreifend Bedeutung gewonnen.

Von Beginn an stellte sich Pfarrer Bonhoeffer geistig und politisch gegen den Nationalsozialismus. Schon 1933 wagte er in einem Rundfunkvortrag deutliche öffentliche Worte: „Führer und Amt, die sich selbst vergessen, spotten Gottes“. Auf dem Fundament dieser klaren Grundposition suchte Bonhoeffer die richtige Antwort auf die Herausforderung durch das nationalsozialistische Regime. Er kämpfte mit seinen Freunden entschieden gegen den so genannten Arierparagraphen in der Kirche. Zugleich verlangte er, über den Wi-



Foto: dpa

derstand gegen die staatliche Kirchenpolitik hinaus zu gehen und ebenso entschieden für die Menschenrechte der Juden im Staat einzutreten.

Dietrich Bonhoeffer gehört, wie auch die Männer und Frauen des 20. Juli oder der Weißen Rose, zu den wahren Patrioten unseres Landes – und das in der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte. Sein Patriotismus speiste sich – in direktem Gegensatz zur gottlosen Blut- und Bodenideologie der Nationalsozialisten – aus seinen festen christlichen Glaubensüberzeugungen und seinem dadurch geprägten Verständnis vom Menschen. Es ist genau diese

Sicht eines besseren, eines menschenfreundlichen, eines an Werten und am Nächsten orientierten Deutschland, das er in seinem Leben und seinem Sterben bis zuletzt konsequent bezeugte.

Sein Opfer – wie dasjenige vieler anderer im deutschen Widerstand – war nicht vergeblich. In Verantwortung vor Gott und den Menschen haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes ein neues Deutschland unter freiheitlich-demokratischen Vorzeichen errichtet. Dieses Deutschland hat Dietrich Bonhoeffer nicht mehr erlebt. Doch es ist seinem Einsatz und dem vieler Mitkämpfer zu verdanken, dass wir es heute erleben dürfen. Die spirituelle Dichte und Reife, die Dietrich Bonhoeffers junges Leben unter extremen Bedingungen erreichte, inspiriert bis heute. Pfarrer Dietrich Bonhoeffer gehört zu den großen Märtyrern der Kirchengeschichte. Ihm gebührt auch in der Geschichte unseres Landes ein Ehrenplatz. Die CDU Deutschlands wird Dietrich Bonhoeffer ein dauerhaftes Andenken bewahren.

Werteunterricht – ein Beispiel für kulturelle Ignoranz

Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Deutschland ist in Art. 7 der Verfassung als ordentliches Lehrfach geschützt. Der Staat organisiert ihn nicht selbst; seine Partner hierzu sind die Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften. Der Religionsunterricht basiert auf dem Bekenntnis der jeweiligen Konfession bzw. Religionsgemeinschaft, ist also kein reines Informationsfach.

Die SPD in Berlin hat beschlossen, Werteunterricht als Pflichtfach an Berliner Schulen einzuführen. Keine Alternative für die Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, vielmehr Pflichtfach für alle Schüler! Das ist ein einmaliger Vorgang in Deutschland. Das wird den Religionsunterricht auszehren. Wenn das so kommt, dann verletzt der Berliner Senat seine Pflichten. Das darf öffentlich nicht unwidersprochen bleiben.

Unser Gemeinwesen basiert auf Werten. Unsere Kultur hat ihre religiösen Wurzeln im Christentum. Wer die Werte dieser Gesellschaft verstehen will, muss auch um die religiösen Wurzeln wissen. Sonst bleibt er heimatlos



Annette Schavan, Stellv. CDU-Vorsitzende

in der eigenen Kultur. Auch deshalb sind die Kirchen für den Staat so wichtige Partner bei der pädagogischen Begleitung von Kindern, in Fragen der Erziehung und Orientierung und in der religiösen Bildung. Das ist kein Privileg für die Kirchen; das ist Ausdruck unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir wollen nicht, dass Werte gleichsam zur Staatsreligion erklärt werden. Für uns gehört der Respekt der Religionen und der Religionsfreiheit zum Kern unseres Wertekanons. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht.

Geradezu abenteuerlich wirkt der Satz, mit einem solchen Fach wolle jeder etwas Distanz zur eigenen Religion bzw. zum eigenen Standpunkt finden. Wir wissen, dass die Bedeutung von Reli-

gion und der Dialog der Religionen an Bedeutung gewinnt. Wer dazu fähig sein will, braucht nicht Distanz zur eigenen Religion, vielmehr Vergewisserung, um sich dem Dialog mit anderen zu stellen. Kinder bleiben heimatlos, wo ihnen Distanz verordnet wird. Der Schuldezernent der evangelischen Landeskirche in Berlin Schultz hat Recht, wenn er sagt: „Um Religion und religiöse Überzeugungen zu respektieren, müssen die Schülerinnen und Schüler zumindest einmal einen Menschen kennenlernen, dem etwas heilig ist und von dem sie erfahren, wo er in Krisensituationen seine Orientierung herbekommen hat.“

Der Beschluss der Berliner SPD ist ein Beispiel für kulturelle Ignoranz und Religionsvergessenheit. So ebenet man den Weg in die Beliebigkeit. So wird das Fundament brüchig, das den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stiftet. Kennt die Berliner SPD nicht den Satz von Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach der Staat von Voraussetzungen lebt, die er nicht aus sich heraus schaffen und garantieren kann?

CDU und ZdK lehnen Berliner LER-Pläne ab

Die CDU Deutschlands und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) lehnen die Berliner Pläne zur Einführung eines „Lebenskunde“-Unterrichts ab.

Das war ein Ergebnis eines Gesprächs zwischen dem Präsidium der CDU und dem Präsidium des ZdK, das unter Leitung der CDU-Vorsitzenden, Angela Merkel, und des ZdK-Präsidenten, Hans Joachim Meyer, im Konrad-Adenauer-Haus stattfand.

Die Entscheidung des Berliner Senats betrachten CDU und ZdK als bedenkliche Entwicklung. „Es ist völlig unpassend, dass in der deutschen Hauptstadt der Religionsunterricht durch Regierungshandeln ausgehöhlt wird“, so die CDU-Vorsitzende. „Wir sehen die Tendenzen zu einem falsch verstandenen Laizismus mit großer Sorge“, erklärte ZdK-Präsident Meyer.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter anderem durch eine Reform der Sozialsysteme betrachten CDU wie ZdK als entscheidende Herausforderung. Größtes Problem des Sozial-



Angela Merkel



Hans-Joachim Meyer

staates sei die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt. „Vor allem Jugendliche bekommen immer weniger die Möglichkeit, selbstverantwortlich ihre Chancen wahrzunehmen“, so ZdK-Präsident Meyer. Die Union betonte die Notwendigkeit von Wachstum: „Gerade im Interesse der jungen Menschen brauchen wir mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; die bekommen wir nur mit mehr Wirtschaftswachstum“, so der CDU-Arbeitsmarktexperte Karl-Josef Laumann.

Weitere Themen des dreistündigen, in freundschaftlicher und offener Atmosphäre geführten Gesprächs waren Fragen des Lebensschutzes, der Familienpoli-

tik, der Entwicklungspolitik und der kulturellen Identität der Europäischen Union. CDU und ZdK sind sich einig, dass die von der Union vorgeschlagene privilegierte Partnerschaft für die Türkei das richtige Konzept ist, um die langfristigen Interessen sowohl der EU als auch der Türkei zu sichern.

HINTERGRUND

Die in der Hauptstadt zusammen mit der PDS regierenden Sozialdemokraten beschlossen auf einem Landesparteitag, einen religiös und weltanschaulich neutralen Wertunterricht als Pflichtfach einzuführen. 166 Delegierte votierten für den verpflichtenden Unterricht, 51 lehnten ihn ab.

Helmut Kohl – ein Leben für Deutschland und Europa

Polit-Prominenz aus dem In- und Ausland kamen in Berlin zusammen, um Helmut Kohls 75. Geburtstag zu feiern.

Mit einem ganztägigen Symposium im Deutschen Historischen Museum in Berlin, ausgerichtet von der Konrad-Adenauer-Stiftung, wurde das Lebenswerk des Altbundeskanzlers gewürdigt. „Als Kanzler der Deutschen Einheit und der Europäischen Einigung hat sich Helmut Kohl unschätzbare Verdienste erworben“, sagte die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, den ehemaligen Bundeskanzler. Vor 1500 geladenen Gästen, darunter auch Bundespräsident Horst Köhler, erinnerte Merkel, dass es Helmut Kohl gewesen sei, der Freundschaft mit Frankreich, loyale Partnerschaft in der Atlantischen Allianz, Versöhnung mit Polen und eine vertrauensbildende Beziehung zu Russland gepflegt habe. All dies seien Bausteine gewesen, ohne die die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nicht hätte gelingen können.

Klar wandte sich Angela Merkel gegen jegliche Versuche, die Deutsche Einheit

Stationen seines Lebens



Die CDU-Vorsitzende, Angela Merkel, erinnerte an die Verdienste Bundeskanzler Helmut Kohls für die deutsche und europäische Einigung.

als einen zwangsläufigen Prozess darzustellen. „Das sind die Behauptungen de- rer, die vor 15 Jahren die Einheit nicht wollten und die heute Helmut Kohls Leis- tungen als Kanzler klein zu reden versuchen“, so Mer- kel. Ohne den Alt-Bundeskanzler wäre „die jüngere deutsche Geschichte in we- sentlichen Teilen anders ver- laufen“. Die CDU-Vorsitzende machte deutlich, dass Kohl „uns Ostdeutschen im- mer vermittelt hat, dass wir willkommen sind“. Damit habe der damalige Kanzler die CDU in Deutschland mehrheitsfähig gemacht. Anerkennend hob Merkel auch Kohls Einsatz für den Europäischen Stabilitäts- pakt hervor, der die Grund-

lage für einen stabilen Euro bilde.

25 Jahre lang habe Helmut Kohl die CDU Deutschlands als Parteivorsitzender ge- führt. Wie gutes ihm in dieser Zeit gelungen sei, die Men- schen anzusprechen, belegte Angela Merkel anhand eini- ger Zahlen: 1965 habe die Partei 285.000 Mitglieder ge- habt. 1975 seien es 500.000 gewesen und nur zwei Jahre später sei die 600.000-Marke überschritten worden.

Philipp Mißfelder, der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, wies darauf hin, dass junge Men- schen wie er es Kohl zu ver- danken hätten, dass sie ohne Passkontrollen durch Europa reisen könnten und mit dem Geld, das sie sich an einem



v.l.: Lord Georg Weidenfeld, Jacques Delors, Helmut Kohl, Berhard Vogel, Eva und Horst Köhler, Henry Kissinger, Angela Merkel und Ernst Albrecht

Bankautomaten in Berlin gezogen hätten, auch in Paris bezahlen könnten. „Aus Ihrer Vision sind inzwischen 25 Sterne geworden“, sagte Mißfelder und spielte damit auf die jüngste Erweiterung der Europäischen Union an. „Herr Kohl, Sie haben dafür gesorgt, dass die Schlagbäume an den Grenzen verschwunden sind.“ Nun sei es an der jungen Generation dafür zu sorgen, dass auch „die Schlagbäume in den Köpfen“ verschwänden, so Mißfelder.

Außerdem sprachen der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors, der Verleger Lord George Weidenfeld, der ehemalige spanische Ministerpräsident Fe-

lipe Gonzalez, der ehemalige polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, der Schriftsteller Reiner Kunze und der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, ihren Glückwunsch aus. Die Laudatio hielt der bekannte Historiker und Adenauer-Biograph Professor Hans-Peter Schwarz von der Universität Bonn.

Helmut Kohl erklärte in seinem Schlusswort, dass er tief bewegt und von Dankbarkeit erfüllt sei. Er wisse nicht, wie viel Zeit ihm Gott noch schenke, doch diese Zeit wolle er nutzen, um seine Erinnerungen und Erfahrungen weiterzugeben. Dabei läge ihm vor allem die Jugend am Herzen. Er wolle zurückgeben, was andere ihm gegeben hätten, sagte

Kohl. „Dabei wünsche ich mir, dass wir mit Optimismus vorangehen und dabei unsere Vergangenheit nicht vergessen.“ In der Rückschau könne er als 75-Jähriger sagen, dass es sich lohne für Europa zu kämpfen. Auch seine persönliche Rückschau fiel positiv aus: „Von sieben Wahlen habe ich sechs gewonnen“, so Kohl. „Das ist doch nicht schlecht.“

Einer Einladung zu einem Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung am Vorabend waren über 800 geladene Gäste gefolgt. Zu den Festrednern gehörten unter anderem Alt-Bundespräsident Roman Herzog und der ehemalige britische Premierminister John Major. Henry Kissinger übermittelte ein persönliches Grußwort von US-Präsident George W. Bush.

Haushaltsrechte des Parlaments gesichert!

Als großen Erfolg für das Europäische Parlament hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, die mit dem Rat kurz vor der Abstimmung über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens erreichte Einigung über die Wahrung der Haushaltsrechte des Parlaments begrüßt. „Damit ist es gelungen, die Rechte, insbesondere die Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments zu sichern“.

Die EVP-ED-Fraktion hatte am Vorabend der Abstimmung beschlossen, eine Verschiebung der Abstimmung zu beantragen, da die Haushaltsrechte im Beitrittsvertrag, zu dem das Parlament seine Zustimmung geben soll, nicht gewahrt waren, wie Pöttering im Plenum erläuterte.

Die unmittelbar vor der Abstimmung erzielte Einigung zwischen den Institutionen trage den Bedenken der EVP-ED-Fraktion Rechnung und mache den Weg für die Abstimmung frei. „Die Wahrung der parlamentarischen Rechte ist für die Zukunft der Demokratie in Europa unerlässlich. Wir begrüßen, dass auch der Rat sich dieser Sichtweise in buchstäblich letzter Minute angeschlossen hat“,



Hans-Gert Pöttering

erklärte Pöttering. Ohne den durch die EVP-ED-Fraktion ausgeübten Druck wäre der Erfolg nicht möglich gewesen.

Die EVP-ED-Fraktion sei stets Anwalt der Beitrittsländer aus Mitteleuropa gewesen. „Wir heißen auch Bulgarien und Rumänien in der Europäischen Union willkommen“. Allerdings müsse in

diesen Ländern vor und nach dem Beitritt weiter mit großer Anstrengung für ihre erfolgreiche Integration gearbeitet werden. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments heute könne nicht bedeuten, dass in diesen Ländern die Arbeit bereits erledigt sei. Aus diesem Grunde gebe es auch die Schutzklauseln, die es ermöglichen, den Beitritt noch bis 2008 zu verschieben. Dies sollten die beiden Länder als Ansporn und Motivation für den weiteren Beitrittsprozess verstehen.

Das Parlament hat dem Beitritt Bulgariens mit 522 Ja-, 70 Nein-Stimmen bei 69 Enthaltungen und Rumäniens mit 497 Ja-, 93 Nein-Stimmen bei 71 Enthaltungen zugestimmt.

Zu einem Gedankenaustausch traf Angela Merkel mit dem Präsidenten der Republik Korea, Roh Moo-hyun, zusammen. Im Mittelpunkt des Treffens stand das Thema Nordkorea. Beide Gesprächspartner setzten große Hoffnung auf eine positive Entwicklung der ins Stocken geratenen Gespräche, in denen neben den Koreanern China, Japan, Russland und die USA eine friedliche Lösung für das umstrittene Nuklearprogramm Nord-Koreas erzielen wollen. Präsident Roh zeigte zudem großes Interesse an den deutschen Erfahrungen mit der Wiedervereinigung.



Endlich Gesetzes-Blockade beenden!

Der Vorschlag des Innenministers, Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes und Infrarotkameras zur „Jagd“ auf Sprayer einzusetzen, löst das Problem nicht in seinem Kern. Die Regierung ist jahrelang untätig gewesen und hat die Gesetzesentwürfe der Union abgelehnt – das ist der eigentliche Skandal!

Die Forderungen der Union, die Graffiti-Schmiereien mit strafrechtlichen Mitteln effektiver zu bekämpfen, scheitern seit Jahren an der Blockadehaltung von Rot-Grün im Deutschen Bundestag. Nachdem in der letzten Legislaturperiode bereits alle Gesetzentwürfe von den Koalitionsfraktionen verschleppt und abgelehnt wurden, wird auch in der laufenden Wahlperiode die Behandlung aller Gesetzesinitiativen verantwortungslos verschleppt. Bereits im Juni 2004 protestierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die Nichtbehandlung ihres Gesetzesentwurfes vom Januar 2003 (Bericht gemäß § 62 Abs. 2 Geschäftsordnung Bundestag).

Daher wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unverzüglich erneut einen Gesetz-



Jürgen Gebh



Daniela Raab

entwurf zur Graffiti-Bekämpfung einbringen, um die Defizite des geltenden Rechts zu beheben. Neben der Zerstörung und Beschädigung einer Sache soll zukünftig auch die nicht unerhebliche Veränderung des Erscheinungsbildes einer Sache gegen den Willen des Eigentümers unter Strafe gestellt werden.

Jürgen Gebh ist der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Daniela Raab** ist die zuständige Berichterstatterin.

Keine mittelstandsfeindliche Maut für Kleinlaster

Der Vorschlag des GRÜNEN-Verkehrsexperten Albrecht Schmidt und des ADAC, die Autobahnmaut für LKWs auch auf Kleinlaster auszuweiten und die Grenze auf Fahrzeuge bis

3,5 Tonnen zu senken, ist ein weiteres Beispiel für die mittelstandsfeindliche Politik des kleinen Regierungspartners.

Kleinlaster werden vor allem von Mittelständlern und Handwerkern genutzt. Sie haben schon genug unter der verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu leiden und ächzen unter den steigenden Energiekosten, der unverminderten Bürokratielast sowie nicht mehr wettbewerbsfähigen Steuern und Abgaben in unserem Land. Gerade in der jetzigen Situation hoher Benzinpreise wären weitere staatlich verursachte Verteuerungen des Transportes für viele Betriebe nicht mehr zu schultern.

Wir fordern deshalb Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement auf, solchen Plänen unmissverständlich eine Absege zu erteilen.



Hartmut Schauerte



Marie-Luise Dött

Hartmut Schauerte ist der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Marie-Luise Dött** ist die stellvertretende Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand.

Arbeitsplätze durch moderne Agrarpolitik sichern!

Das Motto „Vorfahrtfür Arbeit“ muss gerade auch für unsere ländlichen Räume gelten. Hierzu bedarf es einer Kehrtwende von der altbackenen und innovationsfeindlichen Politik der rot-grünen Bundesregierung!

Insbesondere die zuständige grüne Ministerin Künast fällt immer wieder als „oberste Bremserin“ auf, wenn es um Zukunftstechnologien und damit um neue Chancen für den ländlichen Raum geht! 165 000 Arbeitsplätze

sind in der Landwirtschaft seit dem Amtsantritt der rot-grünen Regierung verloren gegangen!

Die Land- und Ernährungswirtschaft mit den dazugehörigen vor- und nachgelagerten Bereichen ist mit 4,3 Millionen Beschäftigten ein leistungsfähiger Kernbereich der deutschen Wirtschaft. Angesichts von 5,2 Millionen Arbeitslosen ist es die zwingende Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, dem Impulsgeber für die ländlichen Räume, der Landwirtschaft, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Fortschritt und Entwicklung zu geben.

Mit ihrem Antrag „Ländliche Räume durch eine moderne und innovative Landwirtschaft stärken und damit Arbeitsplätze schaffen“ fordert die Union deswegen ein Aktionsprogramm für die deutsche Landwirtschaft, das auf Wettbewerbsfähigkeit,

Innovation und Wachstum in der Branche setzt. Sie hat damit ein klares Alternativkonzept zur jetzigen von Ideologie geprägten Politik der Bundesregierung vorgelegt, mit dem ohne Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln auf nationaler Ebene sofort begonnen werden kann. Kernelemente sind einerseits die Eins-zu-Eins-Umsetzung von EU-Vorschriften in nationales Recht, eine einfachere und leistungsgerechtere Agrarsteuergesetzgebung, Vereinfachungen im komplizierten Förderrecht sowie der Abbau der aufgeblähten Agrarbürokratie. Zum anderen braucht unsere moderne Land- und Ernährungswirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen für die Anwendung neuer Technologien wie z.B. bei nachwachsenden Rohstoffen oder bei der Grünen Gentechnik, sowie wettbewerbsfähige Strukturen im Ökolandbau.

Von einer modernen und leistungsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft profitieren nicht nur Landwirte, sondern auch Verbraucher sowie der gesamte ländliche Raum. Ideologisch motivierte Fantastereien, die lediglich ein bestimmtes Wählerklientel befriedigen sollen, können sich unsere Betriebe, die in einem schärfert werden den



Gerda Hasselfeldt

internationalen Wettbewerb stehen, nicht mehr leisten.

Gerda Hasselfeldt ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nur heiße Luft bei Renate Schmidt

Familienministerin Renate Schmidt übt sich erneut in Ankündigungspolitik. Allerdings wird das Konzept des inzwischen allwöchentlich propagierten Elterngeldes dadurch auch nicht konkreter. Offensichtlich will die Ministerin nach dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ erst einmal Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen leisten.

Für das in der Kabinettsklausur im Sommer letzten Jahres verkündete Elterngeld gibt es bislang keine konkreten und durchgerechneten Vorschläge. Mit den in der

Presse genannten – im Vergleich zum derzeitigen Erziehungsgeld – deutlich höheren Zahlbeträgen soll offenbar der Eindruck erweckt werden, Familien sollten stärker gefördert werden.

Die Ankündigung einer einkommensabhängigen Baby-Prämie kann für viele Eltern aber zu einer Falle werden, denn offensichtlich soll der Anspruch auf finanzielle Förderung radikal auf ein Jahr verkürzt werden. Damit stehen Eltern anschließend vor dem Zwang, ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen zu müssen. Die freie Entscheidung von Eltern bleibt damit auf der Strecke.

Darüber hinaus ist völlig unklar, aus welchen Mitteln das Elterngeld finanziert werden soll, ob es sich um eine staatliche Leistung oder eine Versicherungsleistung handeln wird. Fest steht bisher nur, dass die rot-grüne Bundesregierung das Erziehungsgeld drastisch gekürzt hat.

Fazit: Die Ministerin redet gerne, doch davon alleine geht es keiner Familie besser. Renate Schmidt sollte ihren Ankündigungen endlich Taten folgen lassen und den Mut haben, dem Parlament einen Referentenentwurf vorzulegen. Dies ist der richtige Ort, um darüber zu beraten, ob das Erziehungsgeld umgestaltet werden sollte



Maria Böhmer

und wie eine Förderung bei gleichzeitiger Respektierung aller Lebensentwürfe sichergestellt werden kann.

Maria Böhmer ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Kahlschlag-Reform

Den Kahlschlag, der durch den bekannt gewordenen Zeitplan für die Schließung von 13 Bundeswehr-Standorten in Schleswig-Holstein zu befürchten ist, kann eine Landesregierung allein mit optimaler Regionalpolitik nicht ausgleichen.

„Strucks Reform“ hat mit der Fixierung auf internationale Einsätze die falsche Zielrichtung. Dazu passt im Übrigen auch nicht, dass Standorte geschlossen werden, die seit Jahren Soldaten für internationale Einsätze gestellt haben.

Das vorgesehene Sparvolumen wird nicht erreicht: 30.000 Soldaten müssen bundesweit umziehen. 50.000 Zivilbedienstete können nicht ohne finanzielle Unterstützung „freigesetzt“ werden. Die Bundeswehr verschwindet aus der Fläche. Heimat- schutz, Landesverteidigung, ziviler Katastrophenschutz und Terrorismusbekämpfung werden so erschwert. Die Reform lässt die Gemeinden allein, zumal der Bund die früher geltenden Regeln für Grundstücksverbilligung nicht wieder aufleben lassen will. Dies kann nicht das letzte Wort sein.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Änderungen des Antidiskriminierungsgesetzes nicht ausreichend

Die Kommunen wehren sich zu Recht gegen die Behauptung der rot-grünen Koalition, mit den jüngsten Änderungen des Antidiskriminierungsgesetzes die EU-Richtlinien 1:1 umzusetzen. Schon die erste Fassung des Antidiskriminierungsgesetzes wurde mit derlei Irreführungen versucht durchzusetzen.



Dietrich Austermann



Peter Götz

Allein im Bereich des Arbeitsrechts sind insbesondere die aktuellen Regelungen zu

- Versuchssanktionen,
- vorbeugenden Maßnahmen,
- innerbetrieblichen Be- schwerdestellen,
- Leistungsverweigerungsrecht der Arbeitnehmer,
- Klagerechte für Antidiskriminierungsvereine, Betriebsräte und Gewerkschaften

aus den betreffenden EU-Richtlinien nicht bzw. nicht zwingend abzuleiten.

Problematisch sind insbesondere die schwer abschätz- baren Folgen des Antidiskriminierungsgesetzes. Bestenfalls haben einzelne Regelungen keine Auswirkung, meist werden jedoch deutliche Ver- schlechterungen erwartet.

Die Kommunen rechnen durch das nun vorliegende Gesetz mit einem wesentlich höheren Arbeits- und Doku-

mentationsaufwand, mehr Bürokratie und somit höheren Personalkosten. Außerdem wird eine Verschlechte- rung und auf Misstrauen ge- bautes innerbetriebliches Arbeitsklima angenommen.

Die Regierung Schröder bezieht mit dem Antidiskriminierungsgesetz bzw. der Umsetzung der von ihr in Brüssel mitgetragenen EU-Richtlinien ein politisches Ziel: Eine Veränderung unserer Gesellschaft durch die Etablierung einer Antidiskriminierungskultur nach nordamerikanischem Vorbild. Angesichts der Nachteile für den Arbeitsmarkt ist dies eine Zumutung für Deutschland, die mit nichts zu rechtfertigen ist. In anderen Be- reichen sucht Rot-Grün auch keine Vorbildfunktion in Amerika.

Peter Götz ist der kom- munalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestags- fraktion.

Bestellschein > Canvassing-Stand

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Bereich Produktion und Distribution
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Fax 030/22 07 03 89

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name	CDU-Verband oder Name	
Ansprechpartner	Ansprechpartner	
Straße, Nr.	Straße, Nr.	
PLZ, Ort	PLZ, Ort	
Telefon	Telefon	

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis (ohne Mwst.)	Einzelpreis (inkl. Mwst.)	Gesamtpreis
	Canvassing-Stand Aus witterungsbeständigem Kunststoff - Bestehend aus Vorderfront und 2 Seitenteilen – faltbar - Thekenplatte mit 2 Bohrlöchern, wahlweise für Aufsatz-Panel oder CDU-Sonnenschirm - 2 Einlegeböden mit je 2 Bohrlöchern, Außenmaße: Breite 0,79 m x Höhe 0,90 m x Tiefe 0,49 m	125,30 €	145,35 €	
	Aufsatz-Panel Panel aus Kunststoff und 6-teilige Haltestangen	36,80 €	42,69 €	
	Tragetasche Aus schwarzem Nylon, passend für den kompletten Stand inkl. Aufsatz	45,50 €	52,78 €	
	Aufsatz-Panel – bedruckt mit dem aktuellen CDU-Logo (ohne 6-teilige Haltestangen)	18,50 €	21,46 €	

Für Handling und Lagerung zzgl. 5,11 € pro Bestellung
Normalversand (innerhalb einer Woche) zzgl. ca. 10,00 €
Eilversand (über Nacht) zzgl. ca. 15,34 €

Datum, Unterschrift

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Canvassing-Stand

mit Aufsatz-Panel, wahlweise in Weiß oder mit Logo-Aufdruck
Canvassing-Stand Frontmaße geeignet für DIN A1 Plakate

Bestellschein siehe Seite 15!